

International

Der Schweizer Diplomat Carl Lutz wird in Ungarn als Vorbild gefeiert

Mit einem Gedenkmarsch ist in Budapest an die Holocaustopfer und an den Schweizer Vizekonsul erinnert worden, der im Zweiten Weltkrieg viele Juden gerettet hatte. Neonazis störten den Anlass.

Von Bernhard Odehnal, Budapest

Der Anlass in Budapest beginnt mit einer Provokation. Während sich Zehntausende an diesem sonnigen Sonntagmittag unterhalb der Margaretenbrücke versammeln für den jährlichen Gedenkmarsch an die Holocaustopfer, hängen Neonazis ein Transparent über das Brückengeländer, das Israel auffordert, die Finger von Ungarn zu lassen. Es dauert nur zwei Minuten, bis beherzte Zuschauer den Neonazis das Transparent entreissen. Bis die ungarische Polizei zur Stelle ist, dauert es allerdings entschieden länger.

Die Teilnehmer des Gedenkmarsches reagieren mit den einzigen Mitteln, die sie haben: mit Pfiffen, Buhrufen und dem Schwenken der kleinen, zuvor verteilten Fahnen von Ungarn, Israel und der Schweiz.

In der Heimat bestraft

Einmal im Jahr findet in Budapest dieser «Marsch des Lebens» statt, jedes Mal hat er einen anderen Schwerpunkt. Heuer steht Carl Lutz im Mittelpunkt des Gedenkens, jener Schweizer Diplomat, der unter Überschreitung seiner Kompetenzen als Vizekonsul in Budapest von 1942 bis 1945 Tausenden von ungarischen Juden das Leben rettete.

In der Schweiz wurde Lutz nach Kriegsende für sein eigenmächtiges Handeln bestraft. In Budapest aber marschierten vorgestern über 20 000 Menschen über den Carl-Lutz-Quai. Sie marschierten entlang der Donau, in der kurz vor Kriegsende die Leichen ermordeter Juden trieben, und entlang jener Schutzbauten, in denen Lutz viele Juden vor der Mordmaschine der deutschen Nazis und der ungarischen Pfeilkreuzler in Sicherheit zu bringen vermochte.

Am Marsch nimmt auch Agnes Hirschi teil, die in Bern lebende Tochter von Lutz, die als Sechsjährige mit ihrem Vater die letzten Kriegstage in einem Keller unter der Budapester Burg verbrachte. In ihrer Rede zum Abschluss des Gedenkmarsches erinnerte sie an den Mut und die Leistung ihres Vaters und bedankte sich bei allen Teilnehmern «für dieses berührende Erlebnis». Es sei wunderbar, «dass Lutz hier endlich zu Ehren kommt», sagte sie dem TA. Hirschi, die Budapest zwei- bis dreimal im Jahre besucht, wies darauf hin, wie präsent der Antisemitismus auch heute im ungarischen Alltag sei. Als sie letztes Jahr das Denkmal für die ermordeten Juden am Donauufer fotografiert habe, habe ihr aus einem fahrenden Auto jemand zugerufen: «Ihr dreckigen Juden.»

Schuld sind die anderen

Ähnliche Erfahrungen hat Agnes Polgar gemacht. Die in Zürich lebende gebürtige Ungarin hat Grosse Eltern, Onkel und Tanten im Konzentrationslager verloren. Ihre Mutter überlebte Auschwitz,



Mehr als 20 000 Menschen demonstrierten am Sonntag gegen den Antisemitismus in Ungarn. Foto: Tamas Kovacs (EPA, Keystone)



Agnes Hirschi.



Carl Lutz.

ihr Vater Dachau. Sie selbst wanderte mit ihrer Familie 1991 in die Schweiz aus. Aus beruflichen Gründen, aber auch, weil der Antisemitismus schon damals spürbar gewesen sei, wie sie dem TA am Gedenkmarsch erzählte. Je schlimmer die wirtschaftliche Lage in Ungarn werde, desto stärker würden Fremde dafür verantwortlich gemacht: jüdische Banker oder die deutsche Kanzlerin Angela Merkel.

Die Regierung von Viktor Orban schüre diese Emotionen noch, so Polgar. Ein Leben in Budapest kann sie sich nicht mehr vorstellen: «Es wäre nicht gut für meine Gesundheit. Ich sähe den Hass - und dass ich nichts dagegen tun kann.» Dass ein ungarischer Neonazi am Sonntag in einem T-Shirt antrat, auf dem «Juden ins Gas» stand, schien ihre Befürchtung zu bestätigen.

Die Provokationen gegen den Gedenkmarsch kamen nicht überraschend:

Eine rechtsextreme Motorradgruppe hatte unter dem Motto «Gib Gas» zu einer Sternfahrt auf die Grosse Synagoge aufgerufen. Orban persönlich verbot daraufhin die Bikerfahrt. Ein zweiter Versuch, die Fahrt unter anderem Namen anzumelden, wurde von den Behörden ebenfalls unterbunden. Und in der südungarischen Stadt Pécs verhaftete die Polizei 18 Neonazis, die Adolf Hitlers Geburtstag am 20. April feiern wollten.

Orban erntet für einmal Lob

Ungarns Regierung bemüht sich dieser Tage offensichtlich, Haltung gegen antisemitische Aktionen zu demonstrieren. Sie steht derzeit unter besonderer Beobachtung: Vom 5. bis 7. Mai wird der World Jewish Congress (WJC) seine Jahresversammlung in Budapest abhalten und über den «alarmierenden Aufstieg von Neonaziparteien in Europa» diskutieren. Als Hauptredner ist der deutsche Aussenminister Guido Westerwelle geladen. Auch Viktor Orban wird eine Rede halten. Sein Verbot der rechtsextremen Bikerfahrt brachte ihm bereits das Lob der amerikanischen Anti-Defamation-League und des israelischen Botschafters ein.

Die Haltung von Orban ist freilich nicht immer eindeutig. Der ungarische Regierungschef zeigte sich unlängst bei der Jubiläumsfeier seiner Partei Fidesz

demonstrativ an der Seite des Publizisten Zsolt Bayer, der immer wieder mit antisemitischen Kommentaren auffällt. Unter anderem bedauerte er auch schon, dass nicht alle jüdischen Intellektuellen ermordet worden seien. Zur rechtsextremen Partei Jobbik geht Orban zwar auf Distanz, seine Partei ist aber auf lokaler Ebene durchaus zur Zusammenarbeit bereit. Wenn Jobbik neue Denkmäler oder Strassennamen für antisemitische Schriftsteller oder Politiker der Zwischenkriegszeit vorschlägt, sorgt Fidesz für Mehrheitsbeschlüsse in den Gemeinderäten.

Die Haltung der ungarischen Polizei gegenüber Rechtsextremen scheint von Toleranz und Verständnis geprägt. Jene Neonazis, die am Sonntag den «Marsch des Lebens» störten, wurden von den Gesetzeshütern mit Samthandschuhen angefasst. Lang durften sie auf der Brücke stehen und ihre T-Shirts zur Schau tragen, auf denen der Holocaust gelehnet oder zur Vernichtung der Juden aufgerufen wurde.

Am Tag vor dem Gedenkmarsch hatte Regierungschef Orban den Organisatoren versichert, dass der ungestörte Ablauf der Veranstaltung und die Würde der Teilnehmer «mit allen Mitteln gesichert» werde. Bis zu den Sicherheitskräften drang dieses Versprechen offenbar nicht durch.

Fast 200 Tote bei Kämpfen in Nigeria

In einer bemerkenswerten Gewalteskalation haben sich nigerianische Islamisten, die in der Boko-Haram-Sekte zusammengeschlossene sind, im Norden des Landes regelrechte Gefechte mit den Sicherheitskräften des westafrikanischen Staats geliefert. Bei den mehreren Stunden anhaltenden Kämpfen in dem Städtchen Baga am Tschadsee sollen mindestens 185 Menschen ums Leben gekommen sein, unter ihnen zahlreiche Zivilisten. Ausgelöst wurden die Kämpfe offenbar vom Versuch nigerianischer Soldaten, eine als Sekten-Hochburg geltende Moschee zu stürmen. Im Zuge der anschliessenden Gefechte seien ganze Strassenzüge zerstört worden, hiess es. Schätzungsweise 2000 Lehm- und Backsteinhäuser sollen beschädigt oder dem Erdboden gleichgemacht worden sein.

Die Islamisten hätten Zivilisten als «menschliche Schilde» verwendet, sagte ein Armeesprecher - offensichtlich um die hohe Zahl an zivilen Opfern zu erklären. Das nigerianische Militär äusserte den Verdacht, dass die Sekte inzwischen von aus Mali vertriebenen Jihadisten verstärkt werde. Auch der Einsatz schwerer Waffen weise auf die Vernetzung der Boko-Haram-Mitglieder mit Terrornetzwerken wie der al-Qaida im Maghreb (Aqmi) oder der somalischen Al-Shabaab-Miliz hin.

Die Erfolge der nigerianischen Sicherheitskräfte im Kampf gegen die Boko-Haram-Sekte sind nach Einschätzung fast aller Beobachter äusserst kümmerlich. Der seit drei Jahren anhaltende Konflikt hat bereits mehr als 3000 Menschen das Leben gekostet. (jod)

Nachrichten

Paraguay

Millionär Horacio Cartes gewinnt Präsidentenwahl

In Paraguay ist der konservative Unternehmer Horacio Cartes zum Nachfolger des abgesetzten Staatschefs Fernando Lugo gewählt worden. Das Wahlgericht erklärte am Sonntagabend den Kandidaten der Colorado-Partei zum Gewinner der Wahlen. Cartes versprach nach Bekanntgabe der Ergebnisse, er werde «für alle Paraguayer» arbeiten und das Land in «eine neue Richtung» führen. Sein schärfster Kontrahent Efraín Alegre von der Radikal-Liberalen Partei erkannte auf einer Medienkonferenz in Asunción seine Niederlage an. (SDA)

Burma

Verbrechen gegen Menschlichkeit angeprangert

Wegen der Gewalt gegen die muslimische Minderheit der Rohingya wirft die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) Burmas Behörden und Sicherheitskräften Verbrechen gegen die Menschlichkeit und ethnische Säuberungen vor. Im Bundesstaat Rakhine am Golf von Bengalen hätten Anwohner mit Rückendeckung von Mönchen und Sicherheitskräften Muslime ermordet und 125 000 Menschen vertrieben, berichtete die Menschenrechtsorganisation in Bangkok. (SDA)

Deutschland

Lafontaine will nicht mehr in den Bundestag

Der frühere Parteichef der deutschen Linkspartei, Oskar Lafontaine, tritt nicht zur Bundestagswahl an. Er werde sich am 22. September nicht um ein Mandat bewerben, sagte Lafontaine. Vor allem die West-Landesverbände hatten den 69-Jährigen gedrängt, erneut zu kandidieren. Zuletzt war er 2009 in den Bundestag eingezogen, hatte sich aber nach einer Krebserkrankung zurückgezogen und führt seither die Linke-Fraktion im saarländischen Landtag. (SDA)

Kanada

Geplanter Anschlag auf einen Zug vereitelt

Die kanadische Polizei hat gestern zwei Männer unter dem Vorwurf festgenommen, einen Terroranschlag auf die Eisenbahn geplant zu haben. Ziel sei es gewesen, einen Zug im Grossraum Toronto zum Entgleisen zu bringen. Die al-Qaida habe den Plan vom Iran aus unterstützt. Die Festgenommenen stammten aus Montreal und Toronto, aber seien keine kanadischen Bürger. (SDA)

Serbien muss sich erst einmal beweisen und gedulden

Die EU-Kommission drängt die Mitglieder nach dem Deal zwischen Serbien und Kosovo, Beitrittsgesprächen mit Belgrad zuzustimmen.

Von Stephan Israel, Brüssel

Die Prämie lässt auf sich warten: Die EU-Aussenminister wollten bei ihrem Treffen in Luxemburg gestern Serbien und Kosovo noch nicht für deren Abkommen zur Normalisierung der Beziehungen belohnen. Vor allem der deutsche Chefdiplomat Guido Westerwelle trat auf die Bremse und forderte, Belgrad und Pristina müssten den Deal erst in die Tat umsetzen. «Es ist von ganz grosser Bedeutung, dass es die Vereinbarung gibt», lobte zwar auch Westerwelle. Gleichzeitig hielt er fest, Deutschland werde den Weg zu Beitrittsgesprächen nur freimachen, wenn der Pakt auch mit Leben erfüllt werde.

In Deutschland sind im Herbst Bundestagswahlen, und da kann die Regierung in Berlin kaum mit dem Start von Beitrittsverhandlungen punkten. Zudem ist Skepsis mit Blick auf die Umsetzung durchaus angebracht. Die serbische Minderheit im Norden des Kosovo sieht sich von Belgrad verraten und mobilisiert bereits zum Widerstand. Mit dem Plan verspricht Belgrad, die Parallelstrukturen im serbisch besiedelten Norden des Kosovo nicht länger zu unterstützen.

Konkret sollen serbische Polizei und Gerichte im Nordkosovo der Autorität Pristinas unterstellt werden. Die 15 Punkte umfassende Vereinbarung sieht vor, dass künftig der kosovarische Innenminister den Polizeichef im Norden des Kosovo ernannt. Allerdings muss er den Kandidaten von einer Liste auswählen, die ihm von den vier serbischen Gemeinden dort vorgeschlagen wird. Ähnlich sollen die bisher autonom von Pristina arbeitenden serbischen Gerichte in das kosovarische System integ-

riert werden. Eine Appellationskammer soll mehrheitlich mit Kosovoserben besetzt in Mitrovica eingerichtet werden.

Die EU-Kommission drängte gestern auf eine schnelle Belohnung: Brüssel hatte Serbien als Prämie für einen Deal mit Pristina ein Datum für den Beginn von Beitrittsverhandlungen in Aussicht gestellt. Kosovo hingegen muss sich mit der Aussicht auf ein Assoziierungsabkommen zufriedengeben. Dies ist die Vorstufe, bevor ein Land überhaupt den Kandidatenstatus erlangen kann. Die unterschiedliche Behandlung hängt damit zusammen, dass neben Serbien auch fünf EU-Staaten die Unabhängigkeit des Kosovo noch nicht anerkannt haben.

EU-Erweiterungskommissar Stefan Füle kündigte an, mit Belgrad und Pristina am Freitag einen Zeitplan für die Umsetzung des Abkommens von letzter Woche festzulegen. Die Aussenminister wollen an ihrem nächsten Treffen im Juni konkrete Ergebnisse sehen. Der Fahrplan sieht vor, dass die Staats- und

Regierungschefs dann an einem EU-Gipfel vor der Sommerpause grünes Licht für den Start von Beitrittsverhandlungen beziehungsweise für das Assoziierungsabkommen geben.

EU unterstützt Assad-Gegner

Die EU-Aussenminister suchten bei ihrem Treffen in Luxemburg auch nach Wegen, um die Gegner von Staatschef Bashar al-Assad in Syrien zu unterstützen. Die Aufhebung des Waffenembargos gegenüber den Aufständischen ist zwar noch immer umstritten. Vor allem Grossbritannien und Frankreich machen sich dafür stark. Mehr im Sinne einer Geste stimmten die Aussenminister aber zu, den Export von Öl aus den von Rebellen kontrollierten Gebieten zuzulassen. Die oppositionsnahe syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte teilte gestern mit, regimetreue Soldaten hätten in einem Vorort von Damaskus seit Sonntag mindestens 80 Menschen getötet.